

Beschluss des 13. Parteitags der CDU Deutschlands

10. bis 11. April 2000 in Essen

Reform der Parteiarbeit

Die Krise als Chance begreifen

1. Die CDU Deutschlands hat als große deutsche Volkspartei in Bund, Ländern und Gemeinden die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt.

Sie konnte dies leisten, weil sich immer wieder hochqualifizierte Frauen und Männer für politische Ämter zur Verfügung gestellt haben. Sie war erfolgreich, weil sich unzählige Mitbürgerinnen und Mitbürger ehrenamtlich und uneigennützig für die Ziele der CDU engagiert haben. Entscheidend war nicht zuletzt, dass die CDU ein hauptamtliches Management auf- und ausgebaut hat. Das ihre politische Arbeit mit der notwendigen Kompetenz und Professionalität versah.

2. Die derzeit vorhandenen Strukturen des politischen Managements der CDU sind im wesentlichen in den 70er Jahren entwickelt worden. Die große Reform-Initiative des Bremer Parteitages 1989 konnte nur teilweise umgesetzt werden, weil die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands alle politischen und administrativen Kräfte gebunden hatte. Die in jüngster Vergangenheit erkennbar gewordenen fehlerhaften Entwicklungen sind nun ein weiterer, und überdies besonders dringlicher Grund, jetzt das politisch-administrative Management der CDU einer umfassenden Überprüfung zu unterziehen. Dabei müssen folgende Ziele im Vordergrund stehen:

- Die CDU braucht ein modernes Parteimanagement, das im Hinblick auf Arbeitsweise und Effizienz dem Management in Wirtschaft und Verwaltung nicht nachsteht.
- Die CDU braucht ein modernes Parteimanagement, das ein Höchstmaß an innerparteilicher Demokratie und ein umfassendes Controlling aller administrativen Vorgänge organisiert.
- Die CDU braucht ein modernes Parteimanagement, das auch unter sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen ehrenamtliches Engagement und hauptamtliche Arbeit erfolgreich miteinander verbindet.
- Die CDU braucht ein modernes Parteimanagement, das auf verpflichtenden politischen Tugenden wie Offenheit, Solidarität, Kompromissbereitschaft, Toleranz, Ehrlichkeit, Uneigennützigkeit, Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit gründet.
- Die CDU braucht ein modernes Parteimanagement, das klar darauf ausgerichtet ist, dem Bürger zu dienen. Die CDU ist bürgernah, oder sie ist keine Volkspartei.

Der 13. Parteitag der CDU Deutschlands beschließt deshalb die folgenden Leitideen für ein modernes Parteimanagement. Diese Leitideen orientieren sich vor allem am Reformbedarf auf der Ebene der Bundespartei. Sie wollen aber auch die

nachgeordneten Gliederungen in die Pflicht nehmen, ihr regionales oder lokales Management zu überprüfen und wo notwendig zu reformieren.

3. Modernes Parteimanagement muss auf allen Ebenen geprägt sein vom Grundsatz größtmöglicher Transparenz. Demokratische politische Entscheidungen sind immer Mehrheitsentscheidungen, und diese Mehrheiten müssen offen erkennbar sein.

Vorrangiges Ziel des politischen Managements in dieser Zeit der Neuorientierung der CDU Deutschlands muss das werbende Eintreten für ein neues Verständnis von innerparteilicher Diskussion und Willensbildung sein. In der CDU muss es möglich sein, Diskussionen zu führen, deren Ergebnis am Anfang noch nicht feststeht. Die Erringung von Mehrheiten ist wichtig, aber sie ist nicht wichtiger als die Frage, wozu Mehrheiten gewonnen und genutzt werden sollen. Wenn die Balance zwischen Offenheit in der innerparteilichen Diskussion und Geschlossenheit im Vertreten nach außen zu Lasten der Offenheit verloren geht, wird der Raum für die Antworten auf Zukunftsfragen zu eng. Die Geschlossenheit einer politischen Formation schließt deshalb den Respekt für andere Meinungen ausdrücklich ein und nicht aus.

4. Für das Parteimanagement der CDU gilt auf allen Ebenen das Prinzip der sachorientierten und kooperativen Führung. Dieses Prinzip verpflichtet zu einer vertrauensvollen und loyalen Zusammenarbeit zwischen den politischen Führungskräften und den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Vertrauen und Loyalität werden nicht beschädigt, wenn in der Sache gebotener Widerspruch vorgetragen wird.

Für das Parteimanagement der CDU gilt ferner das Prinzip der größtmöglichen Transparenz. Dies verpflichtet zu einer umfassenden und zeitnahen Information aller am Management Beteiligten über alle relevanten Vorgänge.

Das Parteimanagement der CDU hat die ständige Motivation aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Blick. Es fördert gezielt Eigenverantwortlichkeit und Identifikation mit der CDU als Arbeitgeber.

Es trägt für eine leistungsgerechte Gehaltsstruktur ebenso Sorge wie für die im Management einer politischen Partei unverzichtbare Bereitschaft, die Arbeitskraft über das übliche Maß hinaus zur Verfügung zu stellen.

Das Parteimanagement der CDU arbeitet auf der Grundlage einer detaillierten Personalplanung, die es erlaubt, je nach politischen Anforderungen qualifizierte und leistungsstarke Mitarbeiter zu gewinnen. Die Personalplanung muss aber auch in der Lage sein, Mitarbeitern eine berufliche Perspektive außerhalb der CDU-Strukturen zu eröffnen. In einer lernenden Gesellschaft hat die Personalplanung darüber hinaus die Aufgabe, den Mitarbeitern den Erwerb neuen Wissens und neuer Fertigkeiten zu ermöglichen und sie dazu auch anzuhalten.

5. Die CDU Deutschlands nimmt – zusammen mit anderen demokratischen Parteien – den Verfassungsauftrag wahr, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. In diesem Sinne ist die Bundesgeschäftsstelle Dienstleistungszentrum für alle Ebenen der Partei. Sie nimmt die Administration der Bundespartei wahr, sie

erarbeitet die für die inhaltlich-politische Arbeit der CDU notwendigen Materialien, sie leistet Presse- und PR-Arbeit, sie führt die Geschäfte der Bundesgremien und sie organisiert politische Veranstaltungen vielfältiger Art.

Von der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle profitieren alle nachgeordneten Gliederungen der CDU. Es ist deshalb eine gemeinsame Aufgabe aller Gliederungen, eine angemessene Finanzausstattung der Bundesgeschäftsstelle sicherzustellen. Eine Verständigung darüber setzt u.a. voraus, dass die Bundesgeschäftsstelle ihre Arbeitsstrukturen an modernen Management-Methoden orientiert und dabei zugleich eine strikte Aufgaben-Kritik vornimmt mit dem Ziel, den Finanzbedarf in Kongruenz mit der finanziellen Leistungskraft der Gesamtpartei zu bringen.

6. Zu einem modernen Parteimanagement gehört unabdingbar auch ein zeitgemäßes Management der Kommunikation in mehrfacher Hinsicht:
 - Kommunikation zwischen den Dienststellen der CDU auf Bundes-, Länder- und Kreisebene sowie in den Parlamenten,
 - Kommunikation zwischen den CDU-Gliederungen und ihren Mitgliedern,
 - und die Kommunikation der CDU mit interessierten Bürgern.

Die Entwicklung moderner Kommunikationsmedien und die Möglichkeit, Informationen und Meinungen rasch und preiswert auszutauschen, eröffnen der politischen Arbeit ganz neue Chancen, die es im politischen Wettbewerb zu nutzen gilt. Mit dem öffentlichen Internet-Angebot, dem Mitgliedernetz und dem KandiNet hat sich die CDU diese moderne Entwicklung zu eigen gemacht, die es ständig auszubauen und zu aktualisieren gilt.

Es kommt jetzt darauf an, die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien parteiweit zu implantieren. Der Generalsekretär wird aufgefordert, dazu im Laufe dieses Jahres ein umfassendes Kommunikationskonzept vorzulegen mit dem Ziel, die technische Ausstattung der CDU in allen Gliederungen so auf der Höhe der Entwicklung zu halten, dass kompatible Kooperationen problemlos möglich sind.

Wir streben an, im Bundestagswahlkampf 2002 die modernen Kommunikationstechnologien als ein wesentliches Instrument unserer Arbeit einzusetzen. Bereits auf mittlere Sicht wollen wir – nicht zuletzt auch aus Kostengründen – erreichen, dass Informationen weitestgehend papierlos ausgetauscht werden.

7. Der 13. Parteitag beauftragt den in Essen neu gewählten Bundesvorstand, eine umfassende Reform der Parteiarbeit vorzubereiten. Zu diesem Thema ist im Herbst 2000 eine Kreisvorsitzenden-Konferenz durchzuführen, auf der über eine breite Meinungsbildung in den Kreisverbänden zu berichten ist. In der Folge wird eine Kommission eingesetzt, die einen Beschlussvorschlag über die Reform der Parteiarbeit für den Parteitag im Jahre 2001 unter Berücksichtigung des Diskussionsprozesses in der Bundespartei vorbereitet.

Quelle: 13. Parteitag der CDU, Niederschrift, S. 279 – 281.